

Dialogverweigerung

Über Antisemitismus und was Henri Grün mit der Generaldirektorin der documenta gemeinsam hat

Als ich genau vor einem Jahr in dieser Zeitschrift einen Leitartikel über Antisemitismus¹ schrieb, ging ich nicht davon aus, dass der Widerspruch so groß werden könnte, dass wir gleich zwei Repliken erhielten. Doch eigentlich hätte ich ahnen müssen, dass durch meinen Beitrag ein Mechanismus in Gang gesetzt wird, den erst neulich Nils Minkmar in der SZ noch einmal auf den Punkt gebracht hat: „Wenn Antisemitismus zu Tage tritt, sind erstmal die Abwiegler und Israelkritiker zur Stelle, dann kommen die Klagen über den Antisemitismusvorwurf selbst und die drohenden Schäden für das eigene Ansehen, im letzten Akt dann werden die Juden gebeten, sich mal ein bisschen locker zu machen.“²

Israel darf kritisiert werden

Bereits in meinem Text vom Juli 2021 schreibe ich, dass Antisemitismus sehr fein von berechtigter Israelkritik zu trennen sei. Und doch geht es in allen Reaktionen³ auf diesen Text darum, der Sorge Ausdruck zu verleihen, dass man den Staat Israel bald nicht mehr kritisieren dürfe, ohne als antisemitisch zu gelten. Mit Verweis auf die Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), für die ich eintrete⁴, schrieb ich damals: „Demnach ist Kritik zum Beispiel an der israelischen Siedlungspolitik nicht als antisemitisch zu werten und legitim“.⁵ Meine Kritiker gingen im folgenden Heft nicht auf die von mir zitierten Beispiele für den zunehmenden Antisemitismus in Luxemburg und an anderen Orten ein, ignorierten den Hinweis, dass man sehr wohl auch nach IHRA-Definition Israel kritisieren könne, ohne als antisemitisch zu gelten, und aktivierten das, was Nils Minkmar oben beschreibt: „Wenn Antisemitismus zu Tage tritt, sind erstmal die Abwiegler und Israelkritiker zur Stelle“. Statt also

über die Zunahme an Antisemitismus zu sprechen, lenkten die Kritiker die Debatte um.

Henning Marmulla

Nach meiner Reaktion auf Pauly und Hausemer, die im Oktober erschien, war es still, bis uns dann im März dieses Jahres ein Text des Comité pur une paix juste au Proche-Orient (CPJPO) erreichte, den wir im Mai-Heft abdruckten. Dazu komme ich erst später, weil er paradigmatisch für ein Phänomen ist, das, wenn es um Antisemitismus geht, zunehmend zu Tage tritt: für die Verweigerung des Dialogs. Und nur eines ist noch schlimmer, als über Antisemitismus nicht zu reden: der Antisemitismus selbst. Ich möchte diese Form der Gesprächsverweigerung in diesem Beitrag an einem aktuellen Fall beleuchten. In den vergangenen Wochen konnten wir am Beispiel der documenta fifteen, die noch bis zum 25. September in Kassel stattfindet, sehen, wie gerade da, wo der Dialog ins programmatische Zentrum gerückt wird, eben dieser Dialog verweigert wird.

Die Blase documenta fifteen

Schon Monate vor Eröffnung der documenta fifteen wurde v. a. in den deutschen Medien darauf hingewiesen, dass aufgrund der Berufung des indonesischen ruangrupa-Kollektivs als Kuratoren-Team darauf geachtet werden müsse, dass es nicht zu antisemitischen Positionen komme. Die Nähe von ruangrupa zu Boycott, Divestment and Sanctions (BDS) war bekannt. Indes, diese Bedenken wurden von vielen Medien und auch von Seiten der documenta-Verantwortlichen, zu denen nicht nur das Kuratoren-Team selbst, sondern auch die Generaldirektorin Sabine Schormann, das Land Hessen und die Stadt Kassel mit ihrem Oberbürgermeister

Christian Geselle (SPD) gehören, zurückgewiesen. Darüber hinaus mussten sich warnende Stimmen, allen voran der Zentralrat der Juden in Deutschland, anhören, diese Kritik sei rassistisch, weil das Kuratoren-Kollektiv aus dem Globalen Süden komme, aus dem Land mit der weltweit prozentual gesehen größten muslimischen Bevölkerung, nämlich aus Indonesien.⁶ Wenn ich aber jemanden nicht kritisieren darf, weil er aus einem bestimmten Land kommt oder einer bestimmten Religion zugehörig ist, dann ist das das Ende der sachlichen Kritik. Dann können wir als kritische Beobachter des Weltgeschehens einpacken. Niemand hat verlangt, dass man ruangrupa den Auftrag, die documenta zu kuratieren, wieder entziehen solle; was aus naheliegenden Gründen verlangt wurde, war, dass man darauf achte, dass die documenta Antisemitismus keine Bühne biete. Aber die Augen blieben zu. Und es geschah: Am Montag nach dem Eröffnungswochenende stand plötzlich ein riesengroßes menschenverachtendes, volksverhetzendes, antisemitisches Bild auf dem zentralen Platz der documenta. Erst auf massiven Druck wurde das Bild schließlich erst verhängt, dann wieder abgebaut.

Vor, während und nach diesem Skandal sehen wir: Es geht ruangrupa nicht um Dialog, obwohl der Dialog als das zentrale Kriterium dieser documenta ins Spiel gebracht wurde. Unter Bezugnahme auf das Konzept des Lumbung tut ruangrupa so, als sei es an einem offenen Austausch interessiert, meidet aber in Wirklichkeit jede Auseinandersetzung, die das eigene Weltbild irritieren könnte, das auf einer so simplen und platten Kapitalismuskritik beruht, dass Karl Marx sich im Grab umdrehen würde. Das Wort Lumbung bezeichnet eine Reisscheune im ländlichen Indonesien, in der die Bäuer*innen ihren jeweiligen Ernteüberschuss miteinander teilen. Übertragen auf die documenta sollte das bedeuten, dass Menschen ihre Gedanken, Ideen und Visionen im offenen Austausch miteinander teilen: die eingeladenen Künstler*innen und Aktivist*innen, aber auch jede*r Besucher*in. ruangrupa ging es mit der Einladung an zahlreiche Kollektive darum, ein Kollektiv der Kollektive zu bilden, ganz so, als würde ein Kollektiv garantieren, dass es zu einem offenen Meinungsaustausch kommt. Aber: Ein offener Meinungsaustausch wird dann interessant, wenn er zwischen Menschen mit unterschiedlichen Positionen geführt wird. Solange nur Gleichgesinnte miteinander sprechen, besteht der Austausch im Kopfnicken und Tee trinken. Die documenta ist in diesem Jahr leider eine Veranstaltung für Teetrinker*innen.

Damit das Teekränzchen also nicht gestört werde, hatte man zu den insgesamt rund 1.500 beteiligten Personen weder jüdische noch israelische Künstler*innen eingeladen. Da von Zufall zu

sprechen, ist Zeugnis einer absoluten Realitätsverweigerung. Meron Mendel, Leiter der Bildungsstätte Anne Frank, brachte auf einer Podiumsdiskussion, um die es gleich noch gehen soll, eine plausible These ins Spiel: Das ist *silent boycott*. Nach den Erfahrungen mit der Kritik, die schon im Vorfeld der documenta aufgekommen war, wählte man einen geschickten Schachzug: Man boykottierte nicht laut und stark, wie BDS es tut, sondern leise, eben *silent*. Man boykottiert, ohne den Boykott zu artikulieren. Es blieb aber nicht beim Boykott. 77 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs stand plötzlich – und zwar nach der Eröffnung, also nachdem sowohl der Bundespräsident wie die Kulturstaatsministerin wieder abgereist waren – eine offen antisemitische Malerei auf dem zentralen Platz der – mit öffentlichen Geldern finanzierten – größten Kunstaussstellung der Welt.

Antisemitismus in Reinform

In plakativster Agitprop-Ästhetik stand für wenige Tage ein überdimensional großes Gemälde, ein Wimmelbild, vor dem Fridericianum. Ein zwanzig Jahre altes Bild des ebenfalls indonesischen Kollektivs Taring Padi namens *People's Justice*. Darauf zu sehen: Ein Soldat mit Schweinsgesicht und einem Davidstern, auf seinem Helm lesen wir das Wort „Mossad“. Auf diesem Bild erkennt man auch einen orthodoxen Juden, inklusive Löckchen und sehr spitzen Zähnen, auf dessen Kopfbedeckung eine SS-Rune zu sehen ist. Ich muss das nicht interpretieren, jeder weiß, dass die Gleichsetzung von Opfer und Täter zum Perversesten gehört, was man in böser antisemitischer Absicht vollführen kann.

Dialogvermeidung und Dialoginszenierung

Nachdem *People's Justice* abgebaut war, sagte die documenta erst einmal alle Diskussionsrunden ab. Auch zuvor schon hatte der Zentralrat der Juden in Deutschland angemerkt, dass zu ursprünglich geplanten Diskussionsrunden, in denen es auch um Israel, Antisemitismus und anti-palästinensischen Rassismus gehen sollte, kein einziger jüdischer Vertreter eingeladen worden war, dafür aber zahlreiche BDS-Aktivist*innen.⁷ Nach dem Skandal um Taring Padi's Bild aber musste man von Seiten der documenta zumindest so tun, als sei man an einem echten Gespräch interessiert, sodass am 29. Juni eine Gesprächsrunde zum Thema „Antisemitismus in der Kunst“ stattfand. Auf dem Podium saßen die künstlerische Direktorin der Bundeskulturstiftung, die die documenta mitfinanziert, Hortensia Völckers, Nikita Dhawan, Professorin für Politische Theorie und Ideengeschichte, der Leiter der documenta 14, Adam Szymczyk, Doron Kiesel vom Zentralrat der Juden in Deutschland sowie Meron Mendel, Leiter

**Damit das
Teekränzchen
also nicht gestört
werde, hatte man
weder jüdische
noch israelische
Künstler*innen
eingeladen.**

der Bildungsstätte Anne Frank. Man kann das Video im Internet anschauen⁸: Ein Gespräch war es nicht.

Mendel und Kiesel spitzten die Probleme rund um BDS, den Antisemitismus und die Verantwortungslosigkeit der documenta-Leitung sowie fehlende Kontrollinstanzen pointiert zu, aber den weiteren Teilnehmer*innen ging es um anderes: Dhawan machte sich Sorgen, die postkoloniale Theorie könne nun unter antisemitischen Generalverdacht geraten, Szymczyk sprach über mögliche Probleme zukünftiger Kunstveranstaltungen, und stellvertretend für sein Kollektiv ruangrupa, von dem niemand auf dem Podium saß, bekannte Ade Darmawan zu Beginn des Abends aus dem Publikum, man sei da, um zu lernen. In Bezug auf das Bild fiel Dhawan dann auch noch Tucholsky ein: Satire darf alles. Auf diese Äußerung hin intervenierte niemand. Kein Wunder, dass Kiesel bekannte, er halte einen Dialog nicht mehr für möglich.⁹ Am 6. Juli dann lud der Kulturausschuss des Bundestages zu einem Fachgespräch über die documenta. Dort hörte man dem Zentralrat der Juden endlich zu. Aber wer dort nicht erschien: Die Generaldirektorin, sie habe hohes Fieber (auf dem Podium am 29. Juni saß sie auch nicht); wer auch nicht erschien: der Bürgermeister. Er hatte Wichtiges zu tun, sprich: Haushaltsverhandlungen.

Dieses ganze Schauspiel führte nun schließlich dazu, dass nach Kiesel auch Meron Mendel die Hoffnung abhanden kam, die documenta-Verantwortlichen seien wirklich an einer Aufarbeitung interessiert. Nur zwei Wochen lang fungierte er als Berater, um gemeinsam mit den Kurator*innen die in Kassel gezeigten Arbeiten auf Antisemitismus zu überprüfen, bis er dieses Amt am 8. Juli wieder niederlegte. Die Generaldirektorin sei an einer echten Aufarbeitung des Skandals nicht interessiert, so Mendel, der Kontakt zu ruangrupa sei nicht zustande gekommen, sein Vorschlag, einen Beirat aus Antisemitismus-Experten zu gründen, sei von der documenta-Leitung abgelehnt worden.¹⁰ Mendel sowie Kiesel hatten schon seit Monaten um eine engere Einbindung in die documenta gebeten, sei es beratend oder als Gesprächsteilnehmer. Erst nach dem Eklat lud man sie ein, ihre Sicht zu äußern; dann aber hörte man ihnen nicht zu. Ein Dialog ist also nicht gewünscht.

Es ist verlogen, Dialog zu fordern und ihn dann nicht zu führen. Die documenta fifteen tut so, als sei sie an Austausch interessiert: Aber letztendlich geht es den Kurator*innen und auch der Generaldirektorin darum, das Gespräch über Antisemitismus zu vermeiden. In so einer Atmosphäre aber gedeiht der Antisemitismus ganz wunderbar, weil man nun auch noch den Juden die Schuld dafür geben kann,

die gemütliche, romantische Lumbung-Stimmung in Kassel zerstört zu haben.

Eine Replik, die keine ist

Und was hat dies nun mit dem Text von Henri Grün zu tun? Sehr viel, weil dieser Text – genau wie die Reaktionen der documenta-Leitung auf das Bild von Taring Padi – die absolute Sprachlosigkeit von Seiten einer israelkritischen Position symbolisiert, wenn es um Antisemitismus geht. Ich habe mich in unserer Oktober-Ausgabe bemüht¹¹, auf jeden Vorwurf, den mir Pauly und Hausemer im September gemacht haben, einzugehen, während Grün – sieben Monate nach meinem letzten Text in dieser Sache – nun aber meine wichtigsten Argumente ignoriert. Während auf der documenta die Sorgen vor Antisemitismus nicht ernst genommen wurden, bis dann der Bild gewordene Antisemitismus vor dem Fridericianum stand, so ignoriert Grün all die Beispiele, die ich im Juli und im Oktober für Antisemitismus, auch in Luxemburg, angeführt habe. Aus meinem Beitrag im Oktober, auf den er repliziert, ignoriert er den Anstieg der Zahlen antisemitischer Vorfälle in Luxemburg, er ignoriert meine Argumente für die Verwendung der Definition der IHRA, die ich ausführlich und sorgfältig darlege¹², er geht nicht ein auf meine differenzierte Problematik von BDS (stattdessen vergleicht er Israels Politik mit Russlands Kriegsführung in der Ukraine), er ignoriert den Zusammenhang von Antisemitismus und Coronakrise, und er ignoriert das von mir angeführte Zitat aus einem CPJPO-Video mit Hubert Hausemer, in dem dieser schlussfolgert, es gäbe keinen Antisemitismus in Luxemburg. Ich kann den Leser*innen nur empfehlen, sich einmal die Antisemitismus-Berichte des RIAL (Recherche et information sur l'antisémitisme au Luxembourg) anzusehen.

Hier, an dieser Gesprächsverweigerung von Seiten Grüns, liegt für mich der Vergleich zur Sprachlosigkeit der documenta-Verantwortlichen. Grün interessiert sich nicht für Antisemitismus, er interessiert sich nur für die eigene Agenda. Aber so funktioniert kein Gespräch. Rede und Gegenrede müssen sich aufeinander beziehen. Grün aber bezieht sich ausschließlich auf die eigene Sorge, Israel nicht kritisieren zu dürfen.

In einem Land, in dem das CPJPO mit Steuergeldern unterstützt wird und der Außenminister es sich nicht nehmen lässt, ein Grußwort auf einer CPJPO-Veranstaltung zu sprechen (während das RIAL keinerlei staatliche Unterstützung bekommt), kommt es mir befremdlich vor, wenn eine Organisation immer wieder die Angst artikuliert, sie dürfe

Grüns Text symbolisiert die absolute Sprachlosigkeit, wenn es um Antisemitismus geht.

ihrem Hauptgeschäft nicht nachkommen: nämlich Israel kritisieren. Sie darf das. Und sie tut es. Täglich. Natürlich kann man gegen die Siedlungspolitik demonstrieren und seine Solidarität mit Palästinensern zum Ausdruck bringen. Natürlich kann man, wie der israelisch-deutsche Philosoph Omri Boehm, dessen Buch *Israel – Eine Utopie* Grün in seinem Beitrag erwähnt, Vorschläge machen für eine föderale bi-nationale Republik im Nahen Osten und dabei die Politik Israels sehr stark kritisieren. Niemand, weder jüdisch noch nicht-jüdisch, hat bis heute diese Form der Kritik antisemitisch genannt oder die Zensur des Buches verlangt. Man muss aber damit leben können, wenn Exzesse kritisiert werden, die nichts mehr mit Israelkritik zu tun haben, dafür aber viel mit Antisemitismus.

Kritik schlägt in Antisemitismus um

Wer Israelfahnen verbrennt (was ein symbolischer Mord an einem Staat ist) und eine Parole wie „From the River to the Sea, Palestine will be free“ skandiert, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, antisemitisch zu sein. Und wer eine Demo organisiert, auf der solche Parolen zu hören und zu lesen sind, täte gut daran, sich davon zu distanzieren. Aus einem einfachen Grund: weil die Umsetzung dieser Parole auf die Auslöschung des jüdischen Staates Israel hinausläuft. Antisemitismus ist der Hass auf Juden als Juden, und wer die Auslöschung des Staates verlangt, in dem die wenigen überlebenden Juden nach dem Holocaust (und die vielen vertriebenen Juden aus arabischen Ländern) eine Heimstätte gefunden haben und die Nachgeborenen heute leben, der richtet sich gegen Juden als Juden. Es hilft wenig, wenn man als CPJPO-Repräsentant gratismutig das Existenzrecht Israels proklamiert (wie Grün in unserem Mai-Heft), dann aber akzeptiert, dass in Videos und auf Demonstrationen, die man als Organisator verantwortet, der Staat Israel in die Hölle gewünscht wird.

Angst und Sorge

Ich halte den Dialog für aussichtslos, wenn ich sehe, wie meine Sorgen vor einer Zunahme des Antisemitismus nicht entkräftet werden, sondern nur konterkariert mit der Sorge von Aktivist*innen, dass ihnen ihre Geschäftsgrundlage entzogen wird. Sie, Herr Grün, fürchten sich davor, dass man Ihre Israelkritik als antisemitisch bezeichnen könnte. Dass ich diese Bedenken für künstlich halte, habe ich dargelegt. Juden aber haben berechtigte Angst um ihr Leben. So schrieb Nele Pollatschek am 1. Juli in der SZ über die Gefahren des zunehmenden Antisemitismus: „Es geht nicht um Befindlichkeit, es geht nicht um Gefühle, es geht um Todesangst.“ ♦

**Juden haben
berechtigte Angst
um ihr Leben.**



Jetzt auf forum+

Replik von RIAL-Präsident Bernard Gottlieb auf Henri Grüns Artikel aus der Mai-Ausgabe

<https://www.forum.lu/2022/07/11/wie-man-erfindung-mit-realitaet-verwechselt/>

- 1 Henning Marmulla, „Der ewige Sündenbock“, in: *forum* 419 (Juli/August 2021), S. 5f.: <https://www.forum.lu/article/der-ewige-suendenbock> (alle Internetseiten, auf die in diesem Beitrag verwiesen wird, wurden zuletzt am 10. Juli 2022 aufgerufen).
- 2 Nils Minkmar, „Ein schrecklicher Abend“, in: *SZ* vom 1. Juli 2022, S. 13.
- 3 Michel Pauly, „Vorsicht mit dem Vorwurf des Antisemitismus“, in: *forum* 420 (September 2021), S. 14f.: <https://www.forum.lu/article/vorsicht-mit-dem-vorwurf-des-antisemitismus>; Hubert Hausemer, „Streit über zwei Antisemitismusdefinitionen“, in: *forum* 420 (September 2021), S. 16: <https://www.forum.lu/article/streit-ueber-zwei-antisemitismusdefinitionen>; Henning Marmulla, „Der ewige Sündenbock Teil 2“, in: *forum* 421 (Oktober 2021), S. 12-16; und als Reaktion darauf schließlich Henri Grün, „Wie man Antisemiten erfindet“, in: *forum* 425 (Mai 2022), S. 18-21: <https://www.forum.lu/article/wie-man-antisemiten-erfindet>.
- 4 Vgl. dazu beide Teile der Artikel „Der ewige Sündenbock“, a. a. O.
- 5 Marmulla, „Sündenbock“, a. a. O., S. 6.
- 6 In der *SZ* etwa erkannte Till Briegleb im Januar anti-islamische Tendenzen in der Kritik an der documenta: <https://www.sueddeutsche.de/kultur/documenta-15-antisemitismus-ruangrupa-1.5509523>
- 7 <https://tinyurl.com/yc8n7kxv>
- 8 <https://www.youtube.com/watch?v=T-GJ1GzmBiY&t=409s> (Beginn ab Minute 5:10).
- 9 Minkmar, „Ein schrecklicher Abend“, a. a. O.
- 10 <https://tinyurl.com/swec3nst>
- 11 Marmulla, „Sündenbock Teil 2“, a. a. O.
- 12 Ebd., S. 13f.